BÜRGERENTSCHEID

Mehrheit für Gewerbegebiet

Die Malsfelder haben entschieden: 53,26 Prozent der Abstimmenden votierten beim gestrigen Bürgerentscheid für ein Gewerbegebiet bei Ostheim.

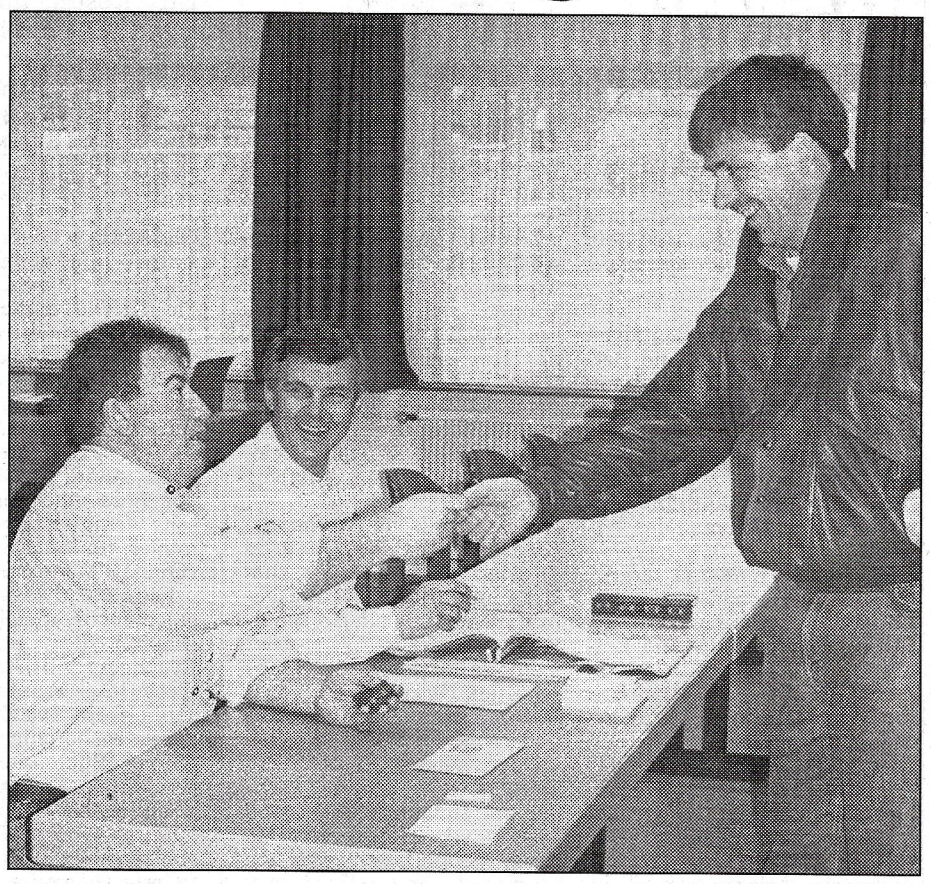
MALSFELD ■ Gestern abend, um 18.19 Uhr, stand das Ergebnis fest: Die Mehrheit derjenigen, die an die Wahlurne getreten waren, sind für ein

VON IMKE KOCH

Gewerbegebiet bei Ostheim. Stimmberechtigt waren 3186 Malsfelder, abgestimmt haben 2192, das entspricht einer Wahlbeteiligung von 68,8 Prozent.

Von den Wählern entschieden sich 1159 für das Gewerbegebiet, das sind 53,26 Prozent. 1017 waren dagegen (46,73 Prozent), 16 Stimmzettel waren ungültig.

Damit spiegeln sich die Mehrheitsverhältnisse der Abstimmung über das Gewerbegebiet im Parlament wider. Dort hatten zwölf Abgeordnete für, zehn gegen die Erschließung des Geländes votiert. Das Ergebnis des Bürerentscheids ist drei Jahre lang für das Gemeindeparlament bindend.



Wie hier in Elfershausen entschieden die Malsfelder Bürger gestern über den Bau eines Gewerbegebiets in Ostheim. Die Mehrheit votierte dafür. (Foto: Oesterling)

Ostheim dafür

Eklatant waren die Unterschiede im Abstimmungsverhalten der einzelnen Ortsteile. In Malsfeld stimmten von 654 Wahlberechtigten 466 gegen das Gewerbegebiet. In Ostheim dagegen, das von dem im Zusammenhang mit dem Gewerbegebiet geplanten Autobahnzubringer mit am meisten betroffen wäre, stimmten 138 von 226 Bürgern für das Gewerbegebiet, in Mosheim waren sogar 193 von 234 Wählenden dafür. Ostheim, Mosheim und Elfershausen (137 Ja- zu 92 Nein-Stimmen) gaben den Ausschlag für das Ergebnis. Von der Zustimmung zum Gewerbegebiet profitieren auch die Städte und Gemeinden Melsungen, Morschen und Spangenberg: Sie wollen in Ostheim ebenfalls Betriebe ansiedeln.

Chronologie der Ereignisse am Wahlabend:

17.40 Uhr: Im Sitzungssaal des Malsfelder Rathauses, wo die Fäden zusammenlaufen, sitzt die Briefwahl-Truppe gemütlich um den Tisch herum. Die Stimmung ist locker.

18 Uhr: Die Funkuhr gibt die genaue Zeit an. „Ihr zählt jetzt mal die Ja-Stimmen aus, ihr die Neins", weist der Briefwahlvorstand jeweils Zweiergrüppchen an. Nach fünf Minuten stehen die Ergebnisse.

18.07 Uhr: FWG-Fraktionsmitglied Helmut Mutschler bringt eine Hiobsbotschaft: „Die Wahlmaschine im DGH Malsfeld ist kaputt – die Chips müssen per Hand gezählt werden." Das geht dann aber doch schneller als erwartet.

18.10 Uhr: Immer mehr Menschen kommen, der Raum füllt sich.

18.13 Uhr: Die Ergebnisse von Ostheim werden angeschrieben, die anderen stehen noch aus. Die Spannung steigt. Die meisten hält es nicht mehr auf ihren Sitzen. Sie wandern durch den Raum, stehen in Grüppchen zusammen. „Mit Computern geht alles ein bißchen langsamer", meint einer.

18.19 Uhr: Das große Finale. Bürgermeister Kurt Stöhr kommt gutgelaunt und bringt alle Ergebnisse mit. Schnell wird klar: Die Mehrheit hat sich für das Gewerbegebiet entschieden. Gelöste Stimmung bei den meisten, eine kleine Truppe steht mit ernsten Gesichtern am Rand. Kommentar einer Frau: „Die Wähler haben so entschieden!"

Die Ergebnisse im einzelnen:

Wähler (W), Ja (Befürworter des Gewerbegebiets), Nein (Gegner des Gewerbegebiets):

Malsfeld: W: 654, Ja: 186, Nein: 466.
Beiseförth: W: 447, Ja: 282, Nein: 162.
Elfershausen: W: 229, Ja: 137, Nein: 92.
Dagobertshausen: W: 160, Ja: 73, Nein: 83.
Sipperhausen: W: 110, Ja: 73, Nein: 34.
Ostheim: W: 226, Ja: 138, Nein: 86.
Mosheim: W: 234, Ja: 193, Nein: 40.
Briefwahl: W: 132, Ja: 77, Nein: 54.

Stöhr: Verfahren kann jetzt eingeleitet werden

Er habe das Ergebnis in etwa erwartet, wenn ihm auch ein paar Ja-Stimmen mehr lieber gewesen wären, meinte Bürgermeister Kurt Stöhr und nannte es „ein repräsentatives Ergebnis".

Das bereits eingeleitete Ergänzungsverfahren zum Regionalen Raumordnungsplan Nordhessen könne nun abgeschlossen werden, „spätestens Anfang 1997", schätzt Stöhr. Die nächsten Schritte: Änderung des Flächennutzungsplanes, der in die Bauleitplanung einfließt. Im Rahmen eines Bebauungsplanes soll das Baurecht für das Gewerbegebiet, den Autobahnanschluß und den Zubringer geschaffen werden. Rund 50 Hektar Fläche umfaßt im übrigen das Gewerbegebiet.

Für den Autobahnanschluß sei der Bund zuständig, für die Verlegung der Landesstraße das Land, so der Bürgermeister. Für die Finanzierung der Erschließung inclusive Anbindung könnten eventuell EU-Mittel beantragt werden.

Stöhr machte deutlich, daß die Gemeinde Malsfeld vorher überhaupt nichts investiere, allenfalls beim Grunderwerb. In Malsfeld gebe es eine parlamentarische Regelung, daß ein Bebauungsplan nur beschlossen werden könne, wenn die Gemeinde Eigentümerin der Fläche sei. Würden sich Melsungen, Morschen und Spangenberg mangels Geld nicht am Flächenkauf des gemeinsamen Gewerbegebietes beteiligen, würde dieses über die Hessische Landgesellschaft abgewickelt. *(bmn)*